

Das ökonomische System des Sozialismus in der DDR

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

9



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Das ökonomische System des Sozialismus in der DDR	Seite
Der demokratische Zentralismus in der Wirtschaft	1
Das ökonomische System in der DDR unter den Bedingungen der Nachkriegsentwicklung	1
Die Einführung des Neuen ökonomischen Systems des Sozialismus	3
Die Rolle des Planes unter den neuen Bedingungen	4
Die VVB als eine Art „sozialistischer Konzern“	5
Die Erhöhung der Eigenverantwortung der volkseigenen Betriebe	6
Die Rolle des Gewinns im Sozialismus	7
Die Preise müssen stimmen	9
Demokratie im Betrieb	9
Die Rechte der Gewerkschaften	10
Die Aufgaben des Produktionskomitees	12
Der sozialistische Wettbewerb	12
Bilanz der Erfolge	13

Preis DM **1,--**

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Als man in der DDR im Jahre 1963 die ersten Schritte unternahm, um das *Neue ökonomische System der Planung und Leitung* (NÖSPL) einzuführen, waren westliche Zeitungen voll von Spekulationen. Es hieß dazu unter anderem: Rückkehr zu „kapitalistischen Wirtschaftsmethoden“, „Überbordwerfen der Planwirtschaft“.

Was war tatsächlich geschehen? Hatte die Planwirtschaft wirklich versagt, wie es „DDR-Experten“ in der BRD fortlaufend prophezeit hatten? Das Gegenteil ist richtig. Gerade weil das alte System der Planung unbestreitbare Erfolge gebracht hatte, war es jetzt notwendig und möglich, ein neues Leitungsmodell einzuführen. Das klingt zunächst widersprüchlich. Aber das ist nicht so. Sehen wir uns deshalb einige wesentliche Elemente des sozialistischen Wirtschaftssystems an.

Der demokratische Zentralismus in der Wirtschaft

Die Grundlage einer sozialistischen Wirtschaft ist: die übergroße Mehrheit der Produktionsmittel muß gesellschaftliches Eigentum sein, sei es in der Form des Staatseigentums, die vorwiegend in der Industrie der DDR auftritt, oder in Form des genossenschaftlichen Eigentums, so, wie in der Landwirtschaft. Dieses gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln ermöglicht es, die Volkswirtschaft einheitlich und im Interesse aller zu planen und zu koordinieren und nicht nach den Profitinteressen einzelner Monopolisten, wie bei Privateigentum an Produktionsmitteln. Deshalb kann und muß sich der Sozialismus bei der Planung und Leitung seiner Wirtschaft auf die persönliche Initiative der Werktätigen stützen, die als kollektive Eigentümer der Produktionsmittel ein unmittelbares Interesse daran haben, daß der Nutzeffekt der gemeinsamen Arbeit möglichst hoch ist. Denn dieser höhere Nutzeffekt kommt ihnen allen zugute, schlägt sich nieder in einer Steigerung des Lebensstandards. Diese Verbindung von zentraler staatlicher Planung und Leitung mit der demokratischen Eigenverantwortung und eigenen Initiativen der Betriebskollektive und Werktätigen ist die Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus auf den Bereich der Leitung einer sozialistischen Volkswirtschaft.

Auf der Basis dieses demokratischen Zentralismus gibt es jedoch kein einheitliches, für alle Zeiten gültiges Modell einer sozialistischen Wirtschaftsleitung. Die jeweiligen Erscheinungsformen richten sich nach konkreten historischen Bedingungen, unter denen sich die Volkswirtschaft entwickelt, wie Entwicklungsstand der Produktivkräfte, Bildungsniveau, politische Kräfteverhältnisse und nationale Besonderheiten.

Das ökonomische System in der DDR unter den Bedingungen der Nachkriegsentwicklung

So war das System der Wirtschaftsführung in der DDR bis 1963 durch ein hohes Maß an Zentralismus charakterisiert, verbunden mit einer vorwiegend administrativen Steuerung des Wirtschaftsprozesses. Die Ursache

ist in den politischen und ökonomischen Umständen während dieser Periode zu suchen. Einmal waren die Startbedingungen 1945 außerordentlich ungünstig. Die damalige SBZ war wirtschaftlich ein Torso. Mit 45 Prozent wies sie einen weit höheren Grad an Kriegszerstörungen in der Industrie auf als der westliche Teil Deutschlands mit 20 Prozent. Außer Braunkohle und Kali gab es in Ostdeutschland keine nennenswerten Bodenschätze. Schwerindustrie war kaum vorhanden.

Zum Beispiel war die Ausgangsbasis in Westdeutschland bei Eisenerz 17 mal, bei Roheisen 62 mal und bei Kohle 33 mal größer. 1949, bei Gründung der DDR, gab es nur 5 Hochöfen – in der BRD dagegen 120. Durch die separate Währungsreform in Westdeutschland wurde die ökonomische Spaltung besiegelt und der Osten Deutschlands von seiner traditionellen Roh- und Grundstoffbasis abgeschnitten.

Im Vordergrund der ersten Wirtschaftspläne stand daher der Wiederaufbau der zerstörten Betriebe und die Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte. Es galt vor allem mehr zu produzieren, vom Wichtigsten so viel wie irgend möglich – und eine leistungsstarke Grundstoffindustrie (Hütten-, Stahlwerke, Erdölverarbeitung, Kraftwerke) zu schaffen. Daneben war es notwendig, die Repräsentanten der alten imperialistischen Ordnung, die Nazis, Monopolisten, Junker und ihren Anhang aus ihren Führungspositionen von Staat und Wirtschaft auszuschalten. Die Arbeiterklasse aber mußte erst lernen, ihre Wirtschaft selbst zu leiten, es fehlte an Leitern und hochqualifizierten Fachkräften. Den Werktätigen mußte erst das Bewußtsein vermittelt werden, daß sie nun die Eigentümer der Fabriken und Werke waren und damit auch die Verantwortung für den Produktionsablauf trugen.

Hinzu kam, daß die Herrschenden in der BRD ein ganzes System von politischen und wirtschaftlichen Störaktionen – Nichtanerkennung, Embargo-Politik, direkte wirtschaftliche Sabotage und internationaler Boykott, Abwerbung von Arbeitskräften – entwickelten, um den Aufbau in der DDR zu unterminieren.

Unter solch angespannten Bedingungen war es einfach notwendig, eine Vielzahl wirtschaftlicher Prozesse zentral – durch strenggebundene Anweisungen bis ins Detail zu steuern und zu kontrollieren. Straffe zentrale Planung wurde hier zum Mittel, um die relativ geringen Konsumgüter gerecht zu verteilen, um die erforderlichen Schwerpunktaufgaben zu lösen und um die Macht der Arbeiterklasse auf ökonomischem Gebiet zu wahren.

Die Erfolge blieben nicht aus: die wirtschaftlichen Ergebnisse bewiesen die Richtigkeit der ökonomischen Politik in dieser Zeit.

Das Entwicklungstempo der Produktion war in der DDR größer als in der BRD. Riesige Eisenhüttenkombinate, Stahlwerke, Chemiegiganten und Werften entstanden. Von 1950 – 1960 verzehnfachte sich die Roheisenproduktion, die Stahlerzeugung kletterte von 1 Million Tonnen auf

33,3 Millionen Tonnen. 1961 erzeugte die DDR etwa 90 Prozent der Industrieproduktion des gesamten ehemaligen deutschen Reiches von 1936. Alle diese Ergebnisse bewiesen, daß die Methoden der Planung und Leitung der volkswirtschaftlich objektiven Bedingungen dieser Zeit entsprachen.

Parallel zu diesen ökonomischen Erfolgen vollzog sich die weitere Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Anfang der 60er Jahre waren die staatlichen Betriebe mit etwa 80 Prozent an der industriellen Produktion beteiligt. Nachdem sich die Bauern überall zu sozialistischen Genossenschaften, der Großteil der Handwerker zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen hatten, konnte man davon sprechen, daß in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf der ganzen Linie gesiegt hatten. Mit der Sicherung der Staatsgrenze im Jahre 1961 wurden auch die unmittelbaren politischen und wirtschaftlichen Störeinflüsse aus der Bundesrepublik weitgehend ausgeschaltet. Damit waren sowohl die politischen als auch die sozial-ökonomischen Grundlagen für ein qualitativ neues ökonomisches System geschaffen: Das ökonomische System des Sozialismus.

Die Einführung des Neuen ökonomischen Systems des Sozialismus

Dieses NÖS wurde andererseits auf dieser höheren Stufenleiter der Produktion zur objektiven Notwendigkeit. Mit zunehmender Industrialisierung der Volkswirtschaft wird nämlich das vorwiegend administrativ zentralistische Modell selbst zum Hemmschuh für eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte.

So orientierte die im alten System gebrauchte Hauptkennziffer der wirtschaftlichen Leistung – die Bruttoproduktion – die Betriebe in erster Linie auf eine quantitative Steigerung des Ausstoßes. Diese Kennziffer – zusammengesetzt aus Wert- und Mengenangaben, zum Beispiel Tausend Tonnen Walzstahl einer bestimmten Kategorie, verführte die Betriebe dazu, teures Einsatzmaterial zu verwenden und materialintensive Erzeugnisse herzustellen. Zum Beispiel war ein Gießerei-Betrieb an der Herstellung schwerer Gußteile durchaus interessiert, weil er damit seine vorgeschriebene Bruttoproduktion am ehesten und scheinbar rationellsten erreichte, ein Verfahren, das diesem System auch den Namen „Tonnen-Ideologie“ einbrachte.

Auf dem nun erreichten höheren Niveau der Industrieproduktion erwies sich eine solche zusammengefaßte Bewertung mengenmäßiger Faktoren der Produktion als nicht geeignet, Qualität und Rentabilität der industriellen Erzeugung zu steigern. Auch für die Einführung des technischen Fortschritts bot dieser Bewertungsmaßstab wenig Anreiz.

Die qualitativen Bewertungsmaßstäbe – wie Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Qualität der Erzeugnisse – standen in der neuen Entwicklungsphase der Volkswirtschaft im Vordergrund. Die verschiedensten Einzel-

maßnahmen und ökonomischen Anreize sollten nun organisch aufeinander abgestimmt und zu einem ökonomischen System zusammengefügt werden. Dieses Planungs- und Leitungssystem sollte den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der vollen Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und einer optimalen Gestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse zunehmend gerecht werden. Ein solches System setzt sich nicht im Selbstlauf durch. Die theoretische Arbeit dazu war bereits im Frühjahr 1962 von einem großen Kollektiv von Wissenschaftlern und Praktikern unter Leitung des Polit-Büros der SED aufgenommen worden. Die Beschlüsse des 6. Parteitages der SED 1963 bildeten die theoretischen und politischen Grundlagen für die Ausarbeitung der „Richtlinien des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“. In den folgenden Monaten und Jahren wurde in ständiger Wechselwirkung zwischen theoretischen Analysen und Auswirkung praktischer Erfahrungen, verbunden mit umfangreichen Diskussionen in der Presse und in den Betrieben, schrittweise und konsequent das NÖS eingeführt und vervollkommenet.

Die Rolle des Planes unter den neuen Bedingungen

Im NÖS ist der demokratische Zentralismus nicht abgeschafft, sondern ist die Einheit von planmäßiger, zentraler Leitung einerseits, breitester demokratischer Rechte der Werktätigen andererseits – entsprechend der höheren Entwicklungsstufe der Reproduktion neu hergestellt. Walter Ulbricht charakterisierte dieses NÖS auf dem 7. Parteitag der SED im April 1967 folgendermaßen: „Das ökonomische System des Sozialismus beruht in allen seinen Seiten auf einem entscheidenden Grundgedanken. Die zentrale staatliche Planung und Leitung der Grundfragen des gesellschaftlichen Gesamtprozesses nämlich, ist organisch zu verbinden mit der eigenverantwortlichen Planungs- und Leitungstätigkeit des sozialistischen Warenproduzenten einerseits und mit der eigenverantwortlichen Regelung des gesellschaftlichen Lebens im Territorium durch die örtlichen Organe der Staatsmacht andererseits.“

Für westliche Spekulationen, die DDR würde der „zentralen Planung abschwören“, fehlte von Anfang an jegliche Basis. „Der Plan ist und bleibt das entscheidende Instrument unserer Wirtschaftsleitung“, hieß es zur Einführung des NÖS. Denn nur auf der Grundlage des Planes ist es möglich, die ökonomischen Prozesse bewußt und vorausschauend zu gestalten sowie die Einheitlichkeit des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses zu garantieren.

Die zentrale Planung wurde also nicht abgebaut, sondern im Gegenteil durch Erhöhung ihrer Qualität in ihrer Bedeutung gestärkt. Unter den Bedingungen einer komplexen, hochentwickelten Volkswirtschaft war eine administrative Detailplanung zu schwerfällig und bürokratisch geworden. In der neuen Phase muß sich die zentrale staatliche Planung im wesentlichen auf wissenschaftlich begründete und strukturbestimmende Entscheidungen konzentrieren, wie Festlegung des Wachstumstempos der

Volkswirtschaft, Gesamtumfang von Investition und Konsumtion, sowie Festlegung anderer Grundproportionen.

Ein weiteres Merkmal der Planung im NÖS besteht darin, daß sie längerfristig orientiert ist. Hauptsteuerungsinstrument ist nicht mehr – wie im alten System – der Jahresplan, sondern der Perspektivplan, der auf einen Zeitraum von 5 – 7 Jahren projiziert ist. Er beruht seinerseits auf Prognosen der wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten und der Bedürfnisse der sozialistischen Menschengemeinschaft, die zum Teil bis ins Jahr 2000 reichen, jedenfalls aber einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren umfassen.

Ausgehend von den 5jährigen Perspektivplänen werden die Jahrespläne aufgestellt.

Angesichts der raschen Entwicklung von Wissenschaft und Technik sind auch im Kapitalismus die Unternehmer immer mehr gezwungen, „in längeren Zeitspannen zu denken und zu planen“, wie es in einem Leitartikel der „Welt“ vom 6. September 1965 heißt. Über ihren Staat streben darüber hinaus die Monopole eine zunehmende Programmierung der gesamten Volkswirtschaft an. Der grundlegende Unterschied dieser staatsmonopolistischen Regulierung gegenüber der sozialistischen Planung besteht aber darin, daß sie in ihrem Wesen immer eine Profitplanung und -regulierung im Interesse der Konzernherren darstellt und sich nicht an den Interessen der gesamten Gesellschaft ausrichtet. Deshalb dominieren in den staatsmonopolistischen Planungsstäben auch immer die Vertreter der Konzerne und Monopolbanken, sind Gewerkschafter nicht oder nur völlig unzureichend vertreten.

In der DDR werden die Pläne nicht hinter verschlossenen Vorstandstüren ausgearbeitet, sondern in ständiger Wechselwirkung zwischen staatlichen Organen und den Werktätigen. In den Prozeß der Planaufstellung sind die Arbeiter und ihre Gewerkschaften auf allen Ebenen mit einbezogen. Dieser Prozeß wird durch einen Planvorschlag der Zentrale (Staatliche Plankommission) eingeleitet. Auf den verschiedenen Ebenen – Industrieministerium, VVB (Vereinigung Volkseigener Betriebe), Betrieb (VEB) bis zum Meisterbereich, wird dieser Vorschlag aufgeschlüsselt, konkretisiert, abgeändert und nach besseren Lösungswegen gesucht. Im Rücklauf werden die einzelnen Daten und Vorschläge wieder zusammengefaßt und zu konkreten Festlegungen verdichtet.

Die VVB als eine Art „sozialistischer Konzern“

Aus der Art des Planablaufes wird die Pyramidenform des organisatorischen Aufbaus des neuen Systems deutlich sichtbar. An der Spitze befindet sich die staatliche Plankommission, die in enger Verbindung zur Volkskammer und zum Ministerrat steht. Die Basis bilden die Betriebe. Eine wichtige Stufe in dieser Leitungspyramide sind die VVB's (Vereinigungen Volkseigener Betriebe), die man als eine Art sozialistischer Konzern bezeichnen kann. Diesen VVB's sind jeweils die Betriebe eines be-

stimmten Industriezweiges unterstellt, z.B. VVB-Schuhe, VVB-Textilmaschinen, VVB-Schiffbau usw. Insgesamt gibt es 85 solcher VVB, denen ca. 1.700 volkseigene Betriebe unterstellt sind. Diese größten Betriebe erzeugen etwa zwei Drittel der gesamten Industrieproduktion der DDR. Diese VVB's sind die ökonomischen Führungszentren ihres Zweiges. Insbesondere müssen sie die wissenschaftlich-technische Perspektive ihres Industriezweiges ausarbeiten, sind sie für Export und Marktforschung zuständig und müssen planmäßig einen Gewinn erzielen.

Die Erhöhung der Eigenverantwortung der volkseigenen Betriebe

Eng verbunden mit der neuen Qualität der Planung ist die Erhöhung der Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate (Zusammenschluß mehrerer volkseigener Betriebe). Diese erhöhte Eigenverantwortung drückt sich vor allem darin aus, daß sie bei der Planung nicht mehr eine Vielzahl von Einzelfestlegungen und Kennziffern von der Zentrale (staatliche Plankommission) vorgeschrieben bekommen, sondern nur noch Rahmengrößen. Die Detail-Fragen müssen sie selbst entscheiden, da sie das auch am sachkundigsten vermögen. Lediglich strukturbestimmende Aufgaben werden von der Zentrale her nach unten aufgeschlüsselt und den Betrieben als konkrete Auflagen gegeben.

Im übrigen erhalten die Betriebe und Kombinate nur einige wenige verbindliche Orientierungsgrößen, sogenannte Normative, die den Betrieb zu rationeller und bedarfsgerechter Produktion zwingen. Diese Normative sollen ab 1971 langfristig, das heißt über den vollen Zeitraum eines 5-Jahr-Planes wirken. Das bringt für die Betriebe den Vorteil, daß sie ihre betrieblichen Dispositionen, insbesondere die Eigenerwirtschaftung ihrer Mittel, über eine längere Periode vornehmen können. Im wesentlichen handelt es sich um die folgenden drei Normative:

1. das Normativ **Produktionsfondabgabe**. Pro 100,- Mark „produktiver Fonds“ das heißt, pro 100,- Mark Anlagevermögen (Gebäude, Maschinen, Werkzeuge), haben die Betriebe eine bestimmte Abgabe an den Staat zu leisten. (Für das Jahr 1970 = 6 Prozent) Mit Hilfe dieses Normativs wird ein ökonomischer Anreiz geschaffen, daß die Betriebe ihre Maschinen bestmöglich ausnutzen und vor allem hochwertige Anlagen so effektiv wie möglich einsetzen (Vermeidung von unnötigen Stillstandszeiten, Übergang zu Mehrschicht-Arbeit und Mehr-Maschinen-Bedienung, usw.). Infolge dieser Produktionsfondsabgabe wird der Betrieb auch bei Neuinvestitionen sehr scharf kalkulieren müssen und nur dann Neuanlagen anschaffen, wenn deren vollständige Nutzung gesichert ist.
2. Das Normativ **Netto-Gewinnabführung**. Dieses Normativ legt die Höhe (in Prozenten) des an den Staat abzuführenden Netto-Gewinnes fest. Der Netto-Gewinn verbleibt nach Abzug der Produktionsfondsabgabe vom Bruttogewinn (Bruttogewinn = Umsatzerlös \cdot Kosten).

Früher hatten die Betriebe der DDR diesen Netto-Gewinn fast vollständig an den Staat abzuführen, der ihn dann nach gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen umverteilte. Das war notwendig, um zunächst einmal das volkswirtschaftliche Fundament der DDR in Gestalt der schwerindustriellen Basis zu schaffen.

Nachdem diese Aufgabe im wesentlichen erfüllt ist, können die Betriebe und Kombinate nun im Rahmen des ökonomischen Systems einen Teil ihres ökonomischen Gewinns selbst verwenden, in eigener Verantwortung. Dabei steuert der Staat über dieses Normativ der Gewinnabführung bis zu einem gewissen Grade die gesellschaftliche Strukturpolitik mit ökonomischen Mitteln. Betriebe, die vorrangig strukturbestimmende Aufgaben zu lösen haben, müssen einen relativ geringen Teil ihres Netto-Gewinns an den Staat abführen, behalten also einen relativ hohen Anteil für die eigene erweiterte Reproduktion, während andere Betriebe einen höheren Prozentsatz ihres Gewinns an den Staat abzuführen haben. In Ergänzung dazu haben Betriebe und Kombinate die Möglichkeit zur Finanzierung von Investitionen – insbesondere von Rationalisierungsvorhaben – bei der Industrie- und Handelsbank Kredite aufzunehmen.

Schließlich können die Betriebe und Kombinate über die Amortisationsbeträge verfügen, die sich aus der Abschreibung ihrer Maschinen und Anlagen ergeben. Diese Amortisationen werden in der Regel für Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen verwendet, können aber auch zur Tilgung von Investitionskrediten benutzt werden.

Alle diese Maßnahmen ermöglichen den Betrieben die volle Eigenerwirtschaftung ihrer Mittel.

Das dritte Normativ regelt die Zuführung zum Prämienfonds, in Abhängigkeit von der gesamtbetrieblichen Leistung. (Nettogewinn des Vorjahres und Nettogewinn-Zuwachs). Wirtschaftet ein Betrieb so, daß er einen hohen Beitrag zum Zuwachs des Nationaleinkommens leistet, was sich bei ihm in einem hohen Gewinnzuwachs niederschlägt, dann stehen ihm auch hohe Prämienmittel zur Verfügung. Diese Prämienmittel werden in der Regel als Jahresendprämie an die Belegschaft ausbezahlt, wobei die unterschiedlichen Leistungen der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb berücksichtigt werden.

Die Rolle des Gewinns im Sozialismus

Es ist an dieser Stelle nötig, kurz auf die Rolle des Gewinns im neuen ökonomischen System einzugehen.

Die beschriebenen Normative stellen lediglich Eckgrößen dar, innerhalb derer die Betriebe und Kombinate selbständig und eigenverantwortlich ihren Produktionsablauf festlegen. Dabei kommt es darauf an, daß sie dies im gesamtgesellschaftlichen Interesse, das heißt in Übereinstimmung mit den zentralen Zielstellungen des Planes tun. Um dies zu erreichen und eine Überprüfungsmöglichkeit zu schaffen, war es notwendig, einen Gradmesser

zu finden, der in zusammengefaßter Form die ökonomische Leistung des Betriebes ausdrückt und zeigt, welchen Beitrag dieser Betrieb für den Reichtum des ganzen Volkes bringt.

Dieser Leistungsmaßstab ist der zentrale „ökonomische Hebel“ im neuen ökonomischen System. In ihm gehen alle Gesichtspunkte des betrieblichen Reproduktionsprozesses ein, denn – da der Gewinn = Verkaufserlöse (Umsatz) minus Kosten – ist, schlägt sich einmal in ihm nieder, wie kostensparend, das heißt, rationell der Betrieb arbeitet. Weiterhin stehen im neuen ökonomischen System die Betriebe in unmittelbarem Kontakt zu den Abnehmern ihrer Erzeugnisse. In der Höhe des Umsatzerlöses kommt deshalb im Gewinn zum Ausdruck, ob die Betriebe bedarfsgerecht und mit Qualität produzieren. Diese Rücksichtnahme auf die Abnehmer bedeutet jedoch keine Rückkehr zu einer Marktwirtschaft. Die Analyse des Marktes, die Entwicklung der Verbrauchergewohnheiten, werden nicht dem spontanen Selbstlauf überlassen, sondern in die Planung einbezogen, sie sind Element des Planungsprozesses und unterliegen somit der bewußten Leitung. Die Verfechter einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ wollen dagegen den Markt zum alleinigen Kriterium aller Entscheidungen machen, von dem die entscheidenden Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen sollen. Dies hieße jedoch, die wirtschaftliche Entwicklung ungeplant zu lassen und würde zur Wiedereinführung des Konkurrenzmechanismus führen. Seine Funktion, universeller Gradmesser der Produktion zu sein, kann der Gewinn aber nur aus folgenden Gründen erfüllen: Er ist die Grundlage für die Eigenerwirtschaftung der Mittel des Betriebes und dient als Maßstab für die Prämierung der Einzel- und kollektiven Leistung der Werktätigen. Somit sind die Werktätigen an einer Erhöhung des Gewinns und damit der ökonomischen Leistung des Betriebes materiell interessiert. Sie streben von sich aus nach einer Erhöhung des Gewinnes, d.h. aber, nach einer Erhöhung der volkswirtschaftlichen Leistung. Denn es ist der Grundsatz verwirklicht, „was für die Gesellschaft von Vorteil ist, muß auch für jedes Unternehmen, für jeden einzelnen von Vorteil sein“.

So gesehen hat der sozialistische Gewinn nichts gemein mit dem Profit in der kapitalistischen Wirtschaft. Letzterer ist das alleinige Ziel jeglicher Produktion im Kapitalismus. Die Quelle für diesen Profit ist die Mehrarbeit der lohnabhängigen Arbeiter. Das Ergebnis dieser Mehrarbeit, den Mehrwert, eignet sich der Unternehmer, also der Kapitalist an, das dessen ökonomische und politische Macht stärkt. Der Kapitalist hat daher ein grundlegendes Interesse daran, die Produktion von Profit zu erhöhen und sei es durch die Herstellung von Rauschgiften oder Rüstungsgütern.

Das Ziel der Produktion im Sozialismus besteht dagegen darin, die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen immer besser und vollständiger zu befriedigen. Auch in einer sozialistischen Wirtschaft ist daher die Erzeugung eines Mehrproduktes nötig, um den Ausstoß an Konsumgütern zu vergrößern und die Produktionskapazitäten zu erweitern. Der Gewinn ist hier die Größe, in der das Mehrprodukt in gänzlicher Form (Menge mal Preis) ausgedrückt wird. Auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln wird der Gewinn nicht mehr zum

Eigentum des Privat-Kapitalisten, sondern zum Eigentum der ganzen Gesellschaft. Sie entscheidet darüber, wie der Gewinn, d.h. also das Mehrprodukt gegenüber dem Vorjahr, verwendet wird.

Die Preise müssen stimmen

Damit der Gewinn seine Funktion als Leistungsmaßstab der Produktion wahrnehmen konnte, mußte vor allem eine Reform der Industriepreise vorgenommen werden. Sie war notwendig geworden, weil die Preise bei den meisten Industriegütern nicht oder nur verzerrt die tatsächlichen Kosten der Herstellung widerspiegeln. Dadurch wurden die Betriebe häufig zu volkswirtschaftlichem Fehlverhalten gedrängt. Sie verwendeten z.B. Roh- und Energiestoffe, die nur scheinbar niedrige Kosten hatten, in Wirklichkeit aber zu niedrig bewertet waren. Der Gewinn hatte unter diesen Bedingungen keine Aussagekraft als Maßstab der Effektivität der Leistung. Durch eine Preisreform, die in drei Etappen über mehrere Jahre vorgenommen wurde, wurden nun die Preise den realen Kosten angenähert. Dabei wurde auch die unterschiedliche Qualität der Erzeugnisse berücksichtigt und mit entsprechenden Preiszu- oder -abschlägen versehen. Die neuen Preise gelten jedoch nur im Bereich der Industrie und der übrigen Wirtschaft. Die Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen änderten sich nicht. Etwaige Differenzen zu entsprechenden Industriepreisen (z.B. Kohle) wurden durch staatliche Subventionen abgefangen.

Neben dieser Industrie-Preisreform wurde eine Neubewertung der Grundmittel (Maschinen, Anlagen und Produktionsgebäude) vorgenommen. In Verbindung mit neu festgesetzten Abschreibungssätzen ist es jetzt möglich, veraltete und verschlissene Maschinen aus den angesammelten Amortisationsbeträgen durch neue zu ersetzen.

Demokratie im Betrieb

Im alten, vorwiegend zentralistisch-administrativen ökonomischen Leitungssystem war die aktive Teilnahme der Werktätigen an der Leitung zwar nicht ausgeschlossen, infolge des größeren Ausmaßes von Detailfestlegungen durch die Zentrale jedoch stark eingeschränkt.

Der jetzt erhöhte Entscheidungsspielraum der Betriebe macht eine umfassende Einbeziehung der Werktätigen in die Entscheidung der Grund- und Sachfragen nicht nur möglich, sondern unbedingt nötig. Nur durch aktive Teilnahme der Werktätigen am Entscheidungsprozeß, durch Entfaltung einer breiten Masseninitiative können die Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Revolution gelöst und die Arbeitsproduktivität im erforderlichen Umfang gesteigert werden.

Diese Mitentscheidung beginnt bereits bei der Plandiskussion, die von den betrieblichen Gewerkschaftsleitungen organisiert wird. Wie wir bereits gesehen haben, besteht die neue Qualität der Plandiskussion darin, daß die

Werkträgigen nicht nur darüber beraten, wie sie den vorgegebenen Plan möglichst gut erfüllen, sondern daß sie bereits in den Prozeß der langfristigen und kurzfristigen Planausarbeitung miteinbezogen werden. Diese kollektive Diskussion und Erarbeitung der Planaufgaben erfolgt sowohl an den einzelnen Arbeitsplätzen als auch in gesamtbetrieblichen Gremien, wie Produktionskomitee und Vertrauensleute-Vollversammlung. Dadurch werden die Werkträgigen einmal über die Situation des Betriebes umfassend informiert, zum anderen tragen sie mit ihren Erfahrungen zur Lösung der anstehenden Aufgaben bei und bestimmen damit über das gesamtgesellschaftliche Ziel der Produktion mit.

Im Westen halten linkssektiererische Kritiker des praktizierten Sozialismus in der DDR entgegen, echte Produktionsdemokratie sei nur dann gegeben, wenn in den Betrieben das Räte-Prinzip verwirklicht würde, d.h. die Arbeiter in permanenter Diskussion über alle anstehenden Probleme entscheiden könnten. Insbesondere wenden sie sich gegen die Einzelleitung der Betriebe durch Direktoren und messen sozialistische Demokratie im wesentlichen daran, ob die Werkleiter von der Belegschaft gewählt werden oder nicht.

In der DDR ist man dagegen der Ansicht, daß der Charakter der modernen Produktivkräfte, insbesondere die maschinelle Großproduktion, die Einzelleitung unbedingt erforderlich mache, um eine einheitliche und schnelle Reaktion im Betriebsablauf sicherzustellen. Diese Einzelleitung ist jedoch ihrer Natur nach selbst demokratisch, da der Werkdirektor nicht als Sachwalter und Vertreter des Kapitals eingesetzt ist, sondern als Beauftragter des gesamten Volkes durch die staatlichen Organe der Werkträgigen berufen wird. Sie sind in ihrem gesamten Handeln den Gesamtinteressen der Arbeiterklasse und anderen werkträgigen Schichten verpflichtet. Gerade unter diesem Gesichtspunkt der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung wäre es auch widersinnig, nach Art einer Arbeiter-Selbstverwaltung der Betriebe den Direktor von der Betriebsbelegschaft wählen zu lassen. Bereits Lenin wandte sich gegen solche Vorstellungen von Gruppeneigentum, die zwangsläufig zu Betriebsegoismus und Gruppenkonkurrenz führen würden. Er brachte zum Ausdruck, daß der Übergang der Produktionsmittel in das Eigentum des ganzen Volkes nicht heißen kann, daß die Schiffe Eigentum der Werftarbeiter, die Banken Eigentum der Bankangestellten werden, sondern daß alle Werkträgigen, repräsentiert durch ihren sozialistischen Staat, Eigentümer der Produktionsmittel sein müssen.

Die Rechte der Gewerkschaften

Selbstverständlich kann Einzelleitung in einer sozialistischen Wirtschaft nicht bedeuten, daß der Betriebsleiter über die Köpfe der Arbeiter hinweg selbstherrlich schalten und walten kann. Er hat ein Maximum an demokratischen Beratungen anzustreben und die Erfahrungen der Werkträgigen und Kollektive in seine Leitungstätigkeit mit einzubeziehen.

Nach dem Gesetzbuch der Arbeit ist er insbesondere verpflichtet „mit der

Betriebsgewerkschaftsorganisation und ihrer Leitung eng zusammenzuarbeiten und über seine Tätigkeit zu berichten“ (§ 9, Abs. 1)

Die Gewerkschaften, als wichtigstes Interessenvertretungsorgan der Werktätigen, haben darauf zu achten, daß die Werkleitung ihre Befugnisse nicht überschreitet und sie gegenüber der Belegschaft bewußt oder unbewußt mißbraucht. Sie kann für einen solchen Fall verlangen, daß der Werksdirektor bei der übergeordneten staatlichen Stelle zur Rechenschaft gezogen wird.

Entsprechend dem Arbeitsgesetzbuch der DDR darf auch kein Werkleiter das Planangebot seines Betriebes an die zuständige VVB weiterreichen, wenn dazu keine Stellungnahme der Gewerkschaftsmitgliederversammlung, der Vertrauensleutevollversammlung oder des Produktionskomitees vorliegt.

Unter Verantwortung der Betriebsgewerkschaftsorganisation stehen auch die „ständigen Produktionsberatungen“, die sich mit Fragen der Arbeitserleichterung, der besseren Organisation der Produktion beschäftigen. Sie wirken daraufhin, daß Vorschläge von Arbeitern rasch verwirklicht werden. Die ständigen Produktionsberatungen sind gewählte Organe der gewerkschaftlich organisierten Werktätigen und stellen eine wichtige Form der Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Leitung der Betriebe dar.

Mit der Neufassung des Gesetzbuches der Arbeit (23.11.66) wurden die Rechte der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften bedeutend vergrößert. Es würde hier zu weit führen, diese Rechte im einzelnen aufzuführen. Selbstverständlich nehmen die Gewerkschaften vor allem die sozialen Rechte (Gesundheitswesen und Arbeitsschutz, Verbesserung der Lebensbedingungen) der Werktätigen wahr; sie sind an der Ausarbeitung der Betriebskollektiv-Verträge beteiligt und kontrollieren deren Verwirklichung. Die Gewerkschaften haben entscheidenden Einfluß bei der Durchführung von Rationalisierungsvorhaben und bei Fragen der Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips. Man kann mit Recht sagen, daß in den Betrieben der DDR nichts ohne oder gar gegen die Gewerkschaften geschehen kann.

Aufgrund der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der damit verbundenen Übereinstimmung der Interessen von Werktätigen und Gesamtgesellschaft, ist zweifellos die Stellung der Gewerkschaften anders als im Kapitalismus. Da im Sozialismus die Betriebsleitung nicht die Profitinteressen eines Kapitalisten zu vertreten hat, sind die Werktätigen an einer Verbesserung der Leitungstätigkeit und des betrieblichen Produktionsablaufes unmittelbar interessiert. Deshalb unterstützen die Gewerkschaften die Betriebsleitung bei ihrer Tätigkeit, organisieren sie insbesondere die tatkräftige Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Betriebe und der Lösung von Produktionsaufgaben. Die Gewerkschaften fördern das ökonomische Denken der Werktätigen und verstehen sich so als „Schulen des Sozialismus“.

Die Aufgaben des Produktionskomitees

Das Produktionskomitee ist eine weitere Möglichkeit, um die demokratische Aktivität und schöpferische Initiative der Werktätigen zu mobilisieren. Das Produktionskomitee wird von der Belegschaft gewählt und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Es hat vor allem folgende Aufgaben:

- Beratung des staatlichen Leiters bei seinen Entscheidungen
- Entwicklung und Koordination des betrieblichen Systems der Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung
- Kontrolle des Betriebsdirektors, daß der Betrieb seinen Pflichten gegenüber der Gesellschaft nachkommt.

Das Produktionskomitee soll sich dabei nicht in Detailfragen des betrieblichen Alltags verlieren, sondern mit den Grundproblemen befassen: wissenschaftliche Erarbeitung der Prognose des Betriebes, Aufgaben der Forschung und Entwicklung, Automatisierung, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, Qualifizierung der Belegschaft usw.

Beratende und kontrollierende Funktion bei den VVB haben die „gesellschaftlichen Räte“. Ihnen gehören neben Arbeitern vor allem Vertreter der Kooperations-Partner, des Handels, Wissenschaftler, sowie Abgeordnete der Volksvertretungen an. Sie unterbreiten dem Generaldirektor der VVB Vorschläge für die Verbesserung der Planung und Leitung des betreffenden Industriezweiges.

Der sozialistische Wettbewerb

Die Möglichkeiten der Werktätigen, auf das Produktionsgeschehen Einfluß zu nehmen, sind damit keineswegs erschöpft. Vor allem die neuen Formen des sozialistischen Wettbewerbs (Schrittmacher-Bewegung, Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“) und die Neuerer-Bewegung, bieten die Möglichkeit, die Masseninitiative zu entwickeln und auf die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu lenken. In den Neuerer-Kollektiven knüpfen Facharbeiter, Techniker und Ökonomen gemeinsam technologische und organisatorische Verbesserungen des Fertigungsprozesses aus.

Diese Formen tragen dazu bei, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit weiter zu entwickeln und den Arbeiter zu befähigen, die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben seines Arbeitsplatzes zu beherrschen, ihm einen Überblick über den betrieblichen Gesamttablauf zu vermitteln.

Es besteht somit eine enge Wechselwirkung zwischen sozialistischer Demokratie und Bildungsstand der Werktätigen. Wahrnehmung demokratischer Rechte produziert Bildung, trägt zur Erweiterung des fachlichen und allgemeinen Wissens bei. Umgekehrt ist das Niveau und der Wirkungsgrad der sozialistischen Demokratie von politischem Bewußtsein und von der fachlichen Befähigung der Werktätigen abhängig. Im Vordergrund der Betriebe

in der DDR steht deshalb ein umfassendes und beispielhaftes System der Aus- und Weiterbildung, in das man möglichst viele Werktätige einzubeziehen versucht.

Sozialistische Demokratie zeichnet sich also vor allem dadurch aus, daß sie nicht vor den Toren der Betriebe haltmacht, sondern gerade in der Hauptsphäre der menschlichen Tätigkeit, im Arbeitsprozeß, ihre immer breitere Entfaltung erfährt.

Bilanz der Erfolge

Es setzt in der Tat eine gehörige Portion Dummheit und Antikommunismus voraus, wenn auch heute noch eine bürgerliche Zeitung ihren Lesern weismachen will: „Genosse N Ö S P L hat versagt!“ (Die Zeit vom 9.1.1970). Im gleichen Artikel kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß das Wachstumstempo der DDR-Wirtschaft schneller geworden ist. Andere Zeitungen sind da realistischer und sprechen von der „imposanten Wirtschaftskraft DDR“, die sich den 8. Platz unter den Industrienationen der Welt erobert habe. Die französische Wirtschaftszeitung „L'Entreprise“ schreibt beispielsweise anlässlich des 20. Jahrestages der DDR: Man habe bisher oft das „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik gepriesen. „Doch viel weniger gut und tiefschürfend kennt man das parallele Phänomen der Deutschen Demokratischen Republik. Und dabei ist es in vieler Hinsicht noch mächtiger als das Westdeutschlands.“

In der Tat hat es die DDR weit gebracht. Hier nur einige Fakten: In den Jahren 1950 bis 1967 stieg in der DDR das Nationaleinkommen auf das 3,5fache, die industrielle Warenproduktion auf das 4,4fache, der Außenhandelsumsatz auf das 7,6fache. Eng damit verbunden war eine gewaltige Steigerung des Lebensstandards. So hat sich das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen eines Arbeiters und Angestellten von 290,- Mark im Jahr 1949 auf 693,- Mark im Jahr 1968 erhöht. Da die Preise in der gleichen Zeit noch gesunken sind, ist es hier kein Wunder, daß der Einzelhandelsumsatz sogar auf mehr als das 4fache angestiegen ist.

Auch die Ausstattung der Haushalte mit hochwertigen Konsumgütern konnte gewaltig gesteigert werden. So verfügten 1968 von je 100 Haushalten 44 über einen Kühlschrank, 43 über eine Waschmaschine sowie 65 über ein Fernsehgerät.

Es erübrigt sich hier, auf die gewaltigen Leistungen der DDR im Bildungs- und kulturellen Sektor einzugehen.

Das Neue ökonomische System hat also seine erste Bewährungszeit glänzend bestanden. Es wurde im betreffenden Zeitraum ständig vervollkommen und wird auch in Zukunft kein starres – für alle Zeiten gültiges – System sein, sondern es wird dynamisch dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte angepaßt werden.

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER
Reihe: Sozialistische Klassiker

Karl Marx

Lohnarbeit und Kapital / Lohn, Preis und Profit
139 S., kartoniert, DM 2,40

Karl Marx

Kritik des Gothaer Programms
210 S., kartoniert, DM 4,-

Friedrich Engels

Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
87 S., kartoniert, DM 2,40

Friedrich Engels

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
143 S., kartoniert, DM 2,40

Friedrich Engels

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
265 S., kartoniert, DM 4,-

W.I. Lenin

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
157 S., kartoniert, DM 2,40

W.I. Lenin

Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
176 S., kartoniert, DM 2,40

W.I. Lenin

Staat und Revolution
162 S., kartoniert, DM 3,-

W.I. Lenin

Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus
163 S., kartoniert, DM 3,-

W.I. Lenin

Was tun?
288 S., kartoniert, DM 4,-

W.I. Lenin

Marx, Engels, Marxismus
250 S., kartoniert, DM 4,-



VERLAG MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main · Meisengasse 11

MARXISTISCHE BLÄTTER

Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik

Die Zeitschrift behandelt seit 1963 aus unverfälschter marxistischer Sicht schwerpunktmäßig Themen aus dem politischen und geistigen Leben unserer Gesellschaft. Sie enthält neben Rezensionen neuer Literatur gleichfalls Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen. Die Autoren sind Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Themen 1970

- Heft 1 · Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik
- Heft 2 · Probleme der Prognose und Futurologie
- Heft 3 · Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung
- Heft 4 · Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus
- Heft 5 · Friedrich Engels / Aus der Ökonomie
- Heft 6 · Weltstrategie des Imperialismus und antiimperialistischer Kampf

Die Marxistischen Blätter informieren gründlich und bieten neben exaktem Tatsachenmaterial neue Erkenntnisse auf wissenschaftlicher Grundlage.

Preis im Abonnement je Heft 2,- DM zuzüglich Zustellgebühr und je Einzelheft 2,50 DM zuzüglich Porto.



VERLAG MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 FRANKFURT AM MAIN · MEISENGASSE 11

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

77 Seiten, Leinen, 3,- DM

20 Jahre DDR – 20 Jahre deutsche Politik

Etwa 700 Seiten, Leinen, 22,- DM

Naumann, G.-H. Thur

Jugend in unserem Staat

20 Jahre Jugendpolitik in der DDR

Etwa 250 Seiten, Pappband, etwa 3,80 DM

Vom Werden unseres Staates

Eine Chronik – Band 2 1949–1955

577 Seiten, Halbleinen, 13,- DM

O. Winzer

Deutsche Außenpolitik des Friedens und des Sozialismus

Etwa 640 Seiten, Leinen, 25,- DM

Karl Polak

Reden und Aufsätze

Zur Entwicklung der Arbeiter- und Bauern-Macht

699 Seiten, Leinen, 28,- DM



**Staatsverlag der
Deutschen Demokratischen Republik**

DDR – 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit**
Zur Kritik des Gothaer Programms
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft**
Ursprung der Familie
- W.I. Lenin: **Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus**
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx**
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung**
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?**
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrgb. J. von Freyberg und K. Steinhaus
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft**
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11